

FREIHEITLICHE FORDERUNGEN

FÜR MEHR ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN MERAN

Meran ist nach wie vor eine schöne und liebenswerte Stadt. Wer so tut, als wäre Meran Südtirols traurige Hochburg der Gangster- und Messerstecher verkennt die Realität, genauso wie jene, die meinen, dass Meran immer noch eine Insel der Seligen sei.

Besonders nachts haben immer mehr Menschen ein mulmiges Gefühl, wenn sie allein in bestimmten Vierteln der Stadt unterwegs sind. Dass sich die öffentliche Sicherheit in Meran in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert hat, ist dabei keineswegs bloß ein subjektives Gefühl einzelner Bürger, wie allein eine kleine Auswahl an Vorfällen des heurigen Jahres unmissverständlich belegt:

- 19. Jänner 2021: **Bangladeschi attackiert Iraker mit Messer und verletzt ihn am Hals**
- 27. Jänner 2021: **Passanten unter den Lauben von jungen Männern angegriffen und mit dem Tod bedroht**
- 8. Februar 2021: **Angriff auf Meraner Hotelier und seine Familie**
- 13. Februar 2021: **Pfeffersprayattacke auf Passanten durch ausländische Jugendbande**
- 15. März 2021: **Brutaler Überfall auf eine 28-Jährige aus Obermais**
- 13. Juli 2021: **Mann geht mit Schraubenzieher auf Polizisten los**
- 16. Juli 2021: **Fünf Gewaltvorfälle durch ausländische Täter in einer Nacht**

Auffallend und ausdrücklich bedenklich dabei ist die Zunahme von Vorfällen mit besonders roher, brutaler Gewaltanwendung sowie der Angriffe mit Hieb- und Stichwaffen.

Die ungesteuerte Zuwanderung trägt einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung: Laut aktuellen Zahlen des Landesinstitutes für Statistik waren im Jahr 2020 50,2 Prozent aller Tatverdächtigen in Südtirol ausländische Staatsbürger, darunter viele Mehrfach- und Intensivtäter – und dabei stellen alle inner- und außereuropäischen Ausländer nur knapp 10 % der Südtiroler Gesamtbevölkerung. Eine vielfach mangelnde oder missglückte Integration von Zuwanderern und Asylwerbern aus völlig anderen Kulturkreisen hat auch in Meran zur Bildung von Subkulturen geführt, welche oft Ausgangspunkt für soziale Spannungen sind und Kriminalität und Gewaltbereitschaft fördern.

Die Meranerinnen und Meraner richten ihre Erwartungen nicht ausschließlich in die Sicherheitsorgane, sondern auch in die Politik. Auch wenn der Handlungsspielraum der Stadtgemeinde im Bereich der Sicherheit begrenzt ist: Die künftige Stadtregierung steht in der Pflicht, sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Kompetenzen voll auszuschöpfen und in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Behörden aktiv beizutragen, das Sicherheitsproblem in Meran zu entschärfen.

Dabei muss über die reine Ordnungs- und Sicherheitspolitik hinaus auch kriminalpräventiven Aspekten ein angemessener Stellenwert eingeräumt werden.

Wir Freiheitliche haben einen Forderungskatalog mit sieben konkreten Maßnahmen ausgearbeitet, die allesamt im Zuständigkeitsbereich der Meraner Stadtverwaltung liegen und damit umgehend für die Gemeinde umgesetzt werden können.

Der Ankündigungs- und Beschwichtigungspolitik der letzten Jahre müssen endlich Taten entgegengesetzt werden, um Straftaten einzudämmen, das vielfach verlorengegangene Vertrauen in die Ordnungskräfte zurückzugewinnen und das Sicherheitsgefühl vieler Meraner wieder herzustellen.

➤ **Taser und Bodycams für Polizisten**

Die in den letzten Jahren zusehends verschlechterte Sicherheitslage in Meran sowie die Zunahme von Vorfällen mit besonders roher, brutaler Gewaltanwendung und der Angriffe mit Hieb- und Stichwaffen – immer öfter auch gegen Polizisten – verlangen eine entsprechende Modernisierung der Ausrüstung und Infrastruktur der Polizeikräfte.

Da die Ordnungs- und Sicherheitskräfte angewiesen sind, von der Schusswaffe möglichst keinen Gebrauch zu machen, ist der Einsatz von Elektroschockpistolen – gemeinhin als „Taser“ bekannt – eine brauchbare Alternative. Als gute Ergänzung zu Schlagstock, Pfefferspray und Schusswaffe dienen „Taser“ dem besseren Schutz von Polizeibeamten und bedrohten Personen und ermöglichen es, Angreifer schnell und effektiv kampfunfähig zu machen, ohne ihnen dauerhaften körperlichen Schaden zuzufügen.

In immer mehr europäischen und außereuropäischen Ländern kommen Elektroschockpistolen erfolgreich zum Einsatz. In Italien haben zuletzt die Gemeindepolizeien von Mailand, Venedig und Udine den Einsatz von „Tasern“ beschlossen.

Neben dem Einsatz von „Tasern“ müssen Polizeikräfte auch mit Körperkameras, sogenannten „Bodycams“, ausgestattet werden. Die kleinen Kameras werden an der Uniform befestigt und

werden nur im Ernstfall vom Standby- in den Aufzeichnungsmodus geschaltet.

Bodycams haben erwiesenermaßen eine präventiv abschreckende Wirkung, die Straf- und Gewalttaten vorbeugt. Neben dem Schutz vor gewaltsamen Übergriffen dienen die Aufnahmen der Körperkameras auch dazu, falsche Anschuldigungen gegen Beamte zu entkräften und kommen vermehrt als digitales Beweismittel bei Strafprozessen zum Einsatz.

➤ **Ausbau und Modernisierung der öffentlichen Videoüberwachung**

Die Anbringung von Videoüberwachungsanlagen an neuralgischen Punkten sorgt zum einen dafür, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger durch die Wahrnehmung eines überwachten Bereichs steigt, zum anderen aber auch zur Steigerung der objektiven Sicherheit, da Kriminelle und potenzielle Straftäter von den Kameras abgeschreckt werden. Da aufgezeichnete Straftaten als Mittel zur Fahndung beitragen können, sorgt Videoüberwachung zu einer nachweislich besseren Aufklärungsrate von Straftaten und trägt damit zu einer Abnahme der Kriminalitätshäufigkeit an den überwachten Orten bei.

Bereits bestehende Videoüberwachungssysteme, welche technisch in die Jahre gekommen beziehungsweise überholt sind, müssen Schritt für Schritt durch moderne Anlagen ersetzt werden, damit dort wo Videoüberwachung stattfindet auch hochauflösendes Material aufgenommen wird.

Die Aufnahmen der Videoüberwachung sollten für alle Polizeidienststellen zugänglich sein, so wie es in der Stadtverwaltung von Bozen bereits heute schon der Fall ist.

➤ **Stadtviertelsprecher für öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Strafbare Handlungen, organisierte Bettelerei, illegale Müllablagerungen, Vandalismus etc.: Immer wieder kommt es vor, dass Probleme im Zusammenhang mit der Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Hygiene im öffentlichen Raum, die die Bürger stören und ihren Alltag negativ beeinträchtigen, von der Stadtverwaltung beziehungsweise den Polizeiorganen gänzlich unentdeckt bleiben oder aber viel zu spät bemerkt und entsprechend behoben werden.

Eine gute Möglichkeit, die Kommunikation der Probleme vor Ort in Richtung Stadtverwaltung und Polizeiorgane zu verbessern und Probleme schneller sichtbar zu machen, wäre es, für jeden Stadtteil einen vom Gemeinderat ernannten Sprecher für öffentliche Sicherheit und Ordnung einzusetzen. Dieser soll als direkter Ansprechpartner und Ombudsmann der Bürger

für Beschwerden und Hinweise vor Ort sein und gleichzeitig für einen kontinuierlichen Austausch mit den Vertretern von Politik, Verwaltung und Polizeiorganen zu sorgen. In dieser Rolle als Vermittler sollen die Stadtviertelsprecher für öffentliche Sicherheit und Ordnung dem Stadt- und Gemeinderat regelmäßig Bericht erstatten.

➤ **Stärkere Polizeipräsenz in der Nacht**

Bestimmte Kriminalitätsformen, insbesondere gewaltsame Übergriffe, Einbrüche, Diebstähle oder Vandalismus, ereignen sich besonders häufig in den Abend- beziehungsweise den späten Nachtstunden, wo sich die Täter im Schutz der Dunkelheit besonders unbeobachtet fühlen.

Dementsprechend ist das Gefühl von Unsicherheit bei den Bürgern – vor allem bei Frauen, älteren Personen und Jugendlichen – während der dunklen Tageszeit besonders stark ausgeprägt.

Um diesem Umstand zu begegnen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern sowie Straftaten vorzubeugen, muss die Polizeipräsenz in den Abend- und Nachtstunden erhöht werden. Die Streifendienste der Stadtpolizei sollen deshalb die ganze Nacht, anstatt wie derzeit nur bis 2 Uhr nachts im Einsatz sein, wobei die Streifen zu Fuß, auf dem Fahrrad und im Auto unterwegs sein sollen, um möglichst alle Bereiche der Stadt zu erreichen.

➤ **Regelmäßige Sicherheitskonferenzen im Rathaus**

Selbstredend ist der Handlungsspielraum der Gemeinde aufgrund der beim Staat liegenden Zuständigkeit im Bereich der Sicherheit begrenzt: Umso mehr stehen die Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung in der Pflicht, sämtliche Kompetenzen und Handlungsspielräume der Gemeinde im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung voll und bestmöglich auszuschöpfen. Dafür braucht es einen regen Austausch zwischen den diversen lokalen und staatlichen Verantwortungsträgern und Akteuren. Nur durch gemeinsames Handeln können gut abgestimmte und zielorientierte Lösungsansätze erarbeitet werden.

Eine bessere Koordination der Sicherheitskräfte, ein optimaler Ressourceneinsatz und die bestmögliche Nutzung von Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen auf Gemeinde-, Landes- und Staatsebene sind dabei vordergründig.

Um diese zu bewerkstelligen, sollen Vertreter aller Polizeikräfte regelmäßig im Rathaus mit dem Bürgermeister zusammenkommen, um die Präventions- und Kontrollmaßnahmen zu koordinieren und aktuelle Probleme zu erörtern.

Nach offener Darlegung und Begutachtung der Sachstände soll ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet werden, welches Lösungsansätze kurz-, mittel- und langfristiger Natur beinhaltet und regelmäßig den sich ändernden Anforderungen angepasst wird.

Ebenso muss die Stadt Meran, so wie die Landeshauptstadt Bozen auch, regelmäßig an den Sitzungen des beim Regierungskommissariat angesiedelten Provinzialkomitees für öffentliche Sicherheit und Ordnung teilnehmen, um dort über die Sicherheitslage zu berichten und in direkten Austausch mit den Vertretern der Sicherheitsorgane zu treten.

➤ **Aufklärung und Prävention**

Neben der entschlossenen Ahndung und Verfolgung von Straftaten leisten auch Präventionsmaßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung. Der Kriminalprävention kommt dabei vor allem die Aufgabe zu, die Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten des Selbstschutzes aufzuklären.

Die Stadtverwaltung soll in Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen, Vereinen, Einrichtungen und privaten Anbietern den Bürgern Schulungs- und Aufklärungskurse – beispielsweise zu den Themenbereichen Notfallmanagement, Betrugsbekämpfung (insbesondere gegenüber älteren Menschen), Erste Hilfe, Suchtbekämpfung, Anti-Stalking und Internetkriminalität – anbieten. Das Angebot muss Teil einer größer angelegten Kampagne zur Kriminalprävention sein und mit entsprechend ausreichenden finanziellen Mitteln unterstützt werden.

Dabei müssen die Tätigkeiten und das Angebot der Kriminalprävention selbstverständlich laufend den gesellschaftlichen sowie auch den Entwicklungen und Veränderungen der Kriminalität angepasst werden.

➤ **Kriminalprävention durch hellere Beleuchtung und Vermeidung von Angsträumen**

Eine gute Beleuchtung von Straßen, Plätzen, Gehwegen und Parkanlagen in den Abend- und Nachstunden verbessert nachweislich das Sicherheitsgefühl der Bürger und schreckt potenzielle Straftäter und Kriminelle ab, die häufig den Schutz der Dunkelheit für ihre Taten nutzen. Dadurch können Angsträume und Kriminalitätshotspots entschärft werden.

Intelligente Beleuchtungssysteme mit integrierter Sensortechnik sorgen dafür, dass die Beleuchtung nur bei Bedarf eingeschaltet wird, was dabei hilft die Umweltbelastung durch Lichtverschmutzung gering zu halten und gleichzeitig Energie zu sparen. Als willkommenen Nebeneffekt trägt eine gute Beleuchtung auch zur Verkehrssicherheit bei.